

# Für einen gewerkschaftlichen Aufbruch in Zeiten der Aufrüstung und Krise

Liebe Kolleginnen und Kollegen, danke, dass ich hier vor dem Landesbezirksvorstand begründen darf, warum ich zum Landesleiter kandidiere. Ich habe Euch schriftlich vorgelegt, welche Anforderungen aus meiner Sicht ein Landesleiter erfüllen müsste. Das will ich hier nicht wiederholen.

Die Lage ist ernst.

Wir haben es mit einer Vielzahl von Krisen – wirtschaftlich, sozial und ökologisch – zu tun. Wir sehen Kriege, Flüchtlingsströme und gewaltige geopolitische Veränderungen. Wir erleben eine zunehmende Militarisierung und Rechtsentwicklung.

Und wir sehen mehr oder weniger hilflose Versuche, darauf Antworten zu finden, ohne sich zu hinterfragen, ob die Ursache nicht vielleicht in dem Charakter unseres Wirtschafts- und politischen System liegen könnte.

Ob US-Zölle oder Schuldenbremse, ob Krieg, Sanktionspolitik oder das Ziel, Führungsmacht der EU zu werden, all das sind Versuche, bestimmt durch unterschiedliche Interessen, Antworten auf die gewaltigen Veränderungen zu finden.

Die einen Mächtigen und Regierenden sehnen sich nach alten Zeiten und hoffen, man könnte wieder zurück zu der über Jahre funktionierenden postkolonialen Ausbeutung.

Die Anderen wollen die Produktivkräfte verändern, aber die Verhältnisse beibehalten. Auch ihr Ziel ist es, zu ihrer alten Machtstellung in der Welt wieder zu gelangen.

Alles das vollzieht sich mit vielen Widersprüchen und ganz egal, welche Variante die Regierenden auch wählen, die Leidtragenden sind wir alle, wenn man so will, die Menschheit, wenn auch sicherlich in sehr unterschiedlichem Maße.

Und egal, wohin wir schauen, es gibt eine Kraft, die sich wehrt, unterschiedlich geschickt und unter völlig unterschiedlichen Bedingungen. Es sind überall auf dem Erdball die Gewerkschaften, die eintreten für die Entrechteten, Unterdrückten und Ausgebeuteten. Das gilt für die USA, für Frankreich und Italien, für Kolumbien und die Türkei, für die Ukraine, für Russland und für unser Land.

Und wie auch die einzelne Taktik der Regierenden aussieht, sie kostet enorm viel Geld und Ressourcen.

Woher nehmen, wenn nicht stehlen?

Das mit dem Stehlen wird immer schwieriger. Der globale Süden ist aufgewacht und die Zeit der kolonialen Ausbeutung geht seinem Ende entgegen.

Das Geld muss von den abhängig Beschäftigten erarbeitet werden und dazu ist es nötig die Kosten zu senken. Deswegen streichen sie einfach die Daseinsfürsorge zusammen. Es geht um Sozialabbau.

Es geht aber auch um demokratische Rechte, um unser Streikrecht, unseren 8-Stunden-Tag und unsere Tarife.

In der anhaltenden Krise sollen Protest und Widerstand zurückgedrängt werden. Da darf es nicht zu viel Demokratie geben.

Der Koalitionsvertrag hält nichts bereit, was in unserem Interesse wäre: Der 8-Stunden-Tag wird angegriffen, die Mindestlohnerhöhung ist fraglich. Das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz soll abgeschafft werden. Eine höhere Tarifbindung sehe ich noch nicht.

Die hohen Vermögen werden nicht angetastet. Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander.

Alles was irgendwie gut klingen könnte, steht unter Finanzierungsvorbehalt.

In einer gesellschaftlichen Atmosphäre aus Deindustrialisierung, Inflation und Sozialabbau müssten eigentlich die Forderungen der Gewerkschaften Rückenwind erhalten, stattdessen sind es die Forderungen der „Arbeitgeber“ nach Arbeitszeitflexibilisierung, Lohnverzicht und Abweichung von Tarifverträgen.

Friedrich Merz fordert höhere Leistungsbereitschaft, Feiertage sollen dran glauben, wir sollen mehr arbeiten, Work-Life-Balance dürfe nicht das Ziel sein.

Und all das vollzieht sich im Zusammenhang eines globalen Rechtsrucks, der uns Sorge bereiten muss.

Wir sind als Gewerkschaften dem Antifaschismus verpflichtet. Unser Kampf gegen rechts darf sich auch nicht nur auf den Aufstieg der AfD beschränken.

Ausländerfeindlichkeit, Rassismus, rechte Ansichten stellen uns vor große Herausforderungen.

In den Betrieben befördern solche Denkweisen Spaltungen, die einer Vereinigung der Belegschaften entgegenstehen. Obwohl das Auf-

rüstungs- und Steuererleichterungsprogramm der AfD dezidiert gewerkschafts- und beschäftigtenfeindlich ist, gewinnt sie auch in den Betrieben an Boden.

Wir müssen uns auf weitere Repressionen und Einsparungen einstellen. Die Zeiten des rheinischen Kapitalismus sind endgültig vorbei. Ich kann keine Sozialpartnerschaft erkennen. Die Verteilungsspielräume werden sehr viel enger. Das müssen wir einerseits offen und ehrlich den Kolleginnen und Kollegen sagen und andererseits den Widerstand organisieren.

Wir haben leider keinen Grund zur Selbstzufriedenheit. Wir sind in der Defensive. Die Mitgliederzahlen bereiten uns Sorgen.

Erkennen wir endlich, dass uns Gewerkschaften der Wind scharf ins Gesicht weht. Es geht um unsere Zukunft als Gewerkschaft.

Wir brauchen Veränderung.

Gerade die Tarifbewegung im öffentlichen Dienst zeigte uns, dass wir mit unserer Organisation nicht auf der Höhe der Zeit sind. Erschreckend ist weniger der Umstand, dass fast 50 % der sich an der Befragung beteiligten Kolleginnen und Kollegen gegen das Verhandlungsergebnis aussprachen.

Sorge sollte uns bereiten, dass noch nicht einmal jedes 4. Mitglied bereit war, sich an der Befragung zu beteiligen.

Wie man dies auch immer bewerten mag, es zeigt, dass es den Betriebsgruppen und erst recht den Gewerkschaftssekretären und Vorständen nicht gelungen ist, unsere Mitglieder zu motivieren, sich an dem demokratischen Prozess zu beteiligen.

Bei jenen, die mit „Nein“ stimmten, ist die Wut über das Ergebnis sehr groß. Allerdings gelang es auch ihnen nicht, die Kolleginnen und Kollegen zur Beteiligung an der Abstimmung zu bewegen.

Wir müssen begreifen, das Sparen an der Daseinsvorsorge in all ihren Facetten ist politisch gewollt. Das geht einher mit der Aufrüstung. Wenn wir diesen Zusammenhang nicht erkennen und entsprechend handeln, werden wir keine Kämpfe gewinnen.

Hieß es nicht noch vor einigen Jahren, dass die Kolleginnen und Kollegen insbesondere in den Krankenhäusern systemrelevant seien? Haben wir sie nicht als Helden beklatscht?

Diese Zeiten sind offenbar vorbei. Diejenigen, die dieses Land am Laufen halten, sollen verzichten.

Verzicht und Einschränkungen erfahren nicht nur die Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst, sondern wir alle, die wir auf eine funktionierende Daseinsvorsorge angewiesen sind.

Wie erleben aktuell einen militärischen Umbau der Daseinsvorsorge, der zu erheblichen Ein-

schränkungen der breiten Bevölkerung führen wird. Es soll wieder Kanonen statt Butter heißen.

Besonders gut lässt sich die Einschränkung der Daseinsvorsorge im Gesundheitswesen erkennen. Dort soll die Militärmedizin auf die vorhandenen Ressourcen der zivilen Gesundheitsversorgung zugreifen.

Auf die jahrzehntelange Ökonomisierung des Gesundheitswesens folgt nun seine Militarisierung.

Die knappen Ressourcen sollen der breiten Bevölkerung schleichend entzogen und dem Militärssektor zur Verfügung gestellt werden.

Das geht aus dem Grünbuch hervor, das die Bundesregierung Anfang des Jahres veröffentlichte; hier wird im Falle eines Krieges mit 1.000 verletzten Soldaten pro Tag gerechnet, die auch in zivilen Krankenhäusern versorgt werden sollen.

Die medizinische Versorgung von Lungenentzündungen, Herzinfarkten oder Krebserkrankungen dürfte weiter darunter leiden.

Nicht ohne Grund wird im Grünbuch darauf hingewiesen, dass man die Bevölkerung darauf vorbereiten müsse, dass sie Einschränkungen bei der Gesundheitsversorgung hinnehmen müssen.

Aus diesem Grund ist es eine Illusion zu glauben, die 500 Milliarden Euro Sondervermögen würden dazu führen, dass endlich ausreichend Geld zur Verfügung stehe, um kaputte Schuldächer zu reparieren, Pflegekräfte zu entlasten und flächendeckende Kita-Angebote anzubieten.

Das Gegenteil wird der Fall sein:

Die soziale und öffentliche Infrastruktur wird weiter vor sich hingammeln, denn das Sondervermögen wird benutzt, um die öffentliche Infrastruktur wie Brücken, Straßen und Schienen kriegstüchtig zu machen.

Die Aufrüstung wird ferner dazu führen, dass die Mittel für den notwendigen sozial-ökologischen Umbau fehlen. Auch das ist ein Problemfeld, dem wir uns zu stellen haben.

Konkret geht es um die Frage, wer die Kosten für Aufrüstung, Klimawandel, Transformation und Digitalisierung bezahlen soll.

Wir dürfen nicht länger zusehen, wie unsere beiden Bundesländer abgehängt werden, wie Brücken nicht befahrbar sind, wie die Toiletten in den Schulen nicht benutzbar, Krankenhäuser geschlossen, wie die Busse kaum auf dem Land verkehren und wie die Armut um sich greift.

Wir dürfen nicht zusehen, wie unsere älteren Kolleginnen und Kollegen im Alter behandelt werden, mit unzureichender Rente in Altersarmut zur Tafel gehen und Flaschen sammeln müssen.

Und wir dürfen uns nicht abfinden mit schlechten Arbeitsbedingungen, mit zunehmenden Belastungen, mit unzureichendem Personal in Pflegeheimen, Krankenhäusern, Busunternehmen, Feuerwehr und Rettungsdienst, aber auch in Verwaltung, im Handel, den Medien und an den Universitäten.

In dieser Situation brauchen wir kämpfende Belegschaften, die ihre Streikmacht einbringen – und ein Bewusstsein, dass es sich hier um gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzungen handelt.

Wir müssen die gemeinsamen Interessen der abhängig Beschäftigten betonen. Das wird den rechtsradikalen Kräften den Boden entziehen.

Was tun?

Unser Gewerkschaftsrat hat schon 2021 drei Kernarbeitsfelder benannt und dazu Aufgaben beschlossen.

Richtig wurde festgestellt, dass es keine „Zauberformel“ für eine positive Entwicklung gäbe, aber die Organisation wurde aufgefordert, sich den Erfahrungsschatz aktiv anzueignen und umzusetzen.

Und da stellen sich für mich einige Fragen. Ist dieser Aufbruch in Rheinland-Pfalz-Saarland angegangen worden?

Wie sehen denn die Diskussionen in den Betriebsgruppen aus? Wo gibt es denn überhaupt noch aktive, funktionierende Betriebsgruppen mit Vertrauensleutestrukturen?

Wo gibt es eine lebendige und klärende Diskussion zu Kernaufgaben in der kollektiven Betriebs- und Tarifarbeit in Betrieben und Gremien mit konkreten und messbaren Zielen?

Eine Landesleitung braucht Führungswillen und Stärke, um die Probleme im Interesse unserer Mitglieder anzugehen.

Wenn unsere Gesellschaft im Umbruch ist, dann müssen auch wir uns verändern, um einwirken zu können.

Wir brauchen eine mutige und kämpferische ver.di – eine Gewerkschaft, die nicht nur reagiert, sondern gestaltet.

Dazu braucht es mühevoll Teamarbeit, es müssen alle Strömungen unserer ver.di mitgenommen und respektiert werden. Und wenn Kompromisse gemacht werden, dann dürfen weder Interessen von Unternehmen, von Regierungen oder Parteien unser Handeln bestimmen, sondern stets die Interessen unserer Mitglieder.

Selbstverständlich fangen wir nicht bei Null an. Die Erfahrungen mit politischen Kampagnen der vergangenen Jahre bieten vielfältige Anregungen.

So setzte die Krankenhausbewegung die Politik mit Ultimativen vor Landtagswahlen unter

Druck. Ich erinnere an die Bewegung unter der Losung „Pflegestreik Saar“, als es Beschäftigten mit intensiver Medienarbeit und gezielter Ansprache ihrer jeweiligen Communities gelang, die Bevölkerung auf ihre Seite zu bringen.

Innovative Organizing-Methoden führten große Teile der Belegschaften aktiv in die Auseinandersetzung.

Die unmittelbare Einbeziehung gewählter Team-Delegierter in das Tarifverhandlungsgeschehen wie z.B. an der Uniklinik des Saarlandes sowie bei der Unimedizin in Mainz stärkte die Verhandlungsmacht der Tarifkommission deutlich.

Wir lernten, indem wir uns verabschiedeten von einer Stellvertreterpolitik und auf die Selbstermächtigung der Beschäftigten setzten.

Die Hauptamtlichen haben im wahrsten Sinne des Wortes Sekretäre der Ehrenamtlichen zu sein und sie müssen im Sinne der gewählten Gremien auch steuern und leiten.

Alle Kraft für die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben und Verwaltungen. Das sei unser Credo.

**L**iebe Kolleginnen und Kollegen, ich kämpfe seit über 50 Jahren als Gewerkschafter für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen. Für mich gilt: Nur wer kämpft, kann gewinnen. Wer nicht kämpft, hat schon verloren.

Ich setze mich ein, für einen solidarischen und ehrlichen Umgang. Ehren- und Hauptamt müssen sich auf Augenhöhe begegnen.

Ich bin fest davon überzeugt, dass wir nur gemeinsam, als starke Gewerkschaft, in der Lage sind, die Herausforderungen zu meistern.

Mein Werdegang und meine Erfahrungen haben mich für diese Aufgabe geformt. Ich habe in verschiedenen Positionen innerhalb der Gewerkschaft gearbeitet und weiß, welche Schwierigkeiten unsere Mitglieder jeden Tag erleben.

Ich stehe für Transparenz, Offenheit und den Mut, notwendige Veränderungen anzugehen.

Ich stehe für eine Landesleitung mit Profil. Mutig, ansprechbar und engagiert. Wir wollen Spuren in unseren beiden Bundesländern hinterlassen.

Lasst uns gemeinsam dafür sorgen, dass dieser Landesbezirk ein Ort des Aufbruchs wird.

Ich freue mich

auf einen solidarischen, ehrlichen und kämpferischen Weg – gemeinsam mit euch.

Glückauf!



## Offenbar Kampfkandidatur um Verdi-Landesbezirksleitung

Sabine Wachs / Onlinefassung: Axel Wagner

03.06.2025 | 06:21 Uhr

Vorlesen

Um die Leitung des Verdi Landesbezirks Rheinland-Pfalz-Saarland zeichnet sich eine Kampfkandidatur ab. Sowohl der ehemalige Verdi-Pflegebeauftragte Quetting als auch die aktuell stellvertretende Landesbezirksleiterin Paul wollen den amtierenden Leiter Blug beerben.

Der ehemalige Pflegebeauftragte der Gewerkschaft Verdi, Michael Quetting, will für die Leitung des Landesbezirks Rheinland-Pfalz-Saarland kandidieren. Nach SR-Informationen will Quetting am kommenden Donnerstag seine Bewerbungsrede halten. Dann will der Landesbezirksrat einen Kandidaten oder eine Kandidatin für die Nachfolge des Landesbezirksleiters Michael Blug nominieren. Gewählt wird dann im November.

### BEZIRKS RAT WILL SICH NICHT ÄUSSERN

Nach SR-Informationen will sich auch die derzeit stellvertretende Landesbezirksleiterin Marion Paul für die Wahl als Leitung des Verdi Landesbezirk Rheinland-Pfalz-Saarland nominieren lassen. Eine solche Kampfkandidatur um den Vorsitz des Landesbezirks ist eigentlich unüblich.

Der Bezirksrat wollte sich zu möglichen Kandidaten für die Nominierung nicht äußern. Auf SR-Anfrage erklärte Michael Quetting, der mittlerweile im Ruhestand ist, er wolle mit seiner Kandidatur auch eine Debatte darüber anstoßen, wie moderne Gewerkschaftsarbeit aussehe. Gerade bei der aktuellen politischen Weltlage und im Zuge des Sozialabbaus brauche es eine Gewerkschaft mit scharfem Profil und ohne zu große Nähe zur Politik.

Als Pflegebeauftragter der Gewerkschaft Verdi war Quetting maßgeblich an den Tarifverhandlungen für mehr Personal und Entlastung an der Homburger Uniklinik und an der Universitäts-Klinik in Mainz beteiligt. 2021 ging er in den Ruhestand.

Über dieses Thema berichten auch die SR Info-Nachrichten am 02.06.2025.

## Marion Paul als Leiterin des Verdi-Landesbezirks nominiert

05.06.2025 | 14:49 Uhr

Vorlesen

Der Landesbezirksvorstand Rheinland-Pfalz-Saarland von Verdi hat Marion Paul als neue Landesbezirksleiterin nominiert. Im November wird der bisherige Leiter, Michael Blug, sein Amt abgeben – dann findet auch die offizielle Wahl statt.

Am Donnerstag ist der Verdi-Landesbezirksvorstand Rheinland-Pfalz-Saarland zu einer Sitzung zusammengekommen. Dort wurde Marion Paul als Kandidatin zur Nachfolge der bisherigen Leitung nominiert.

Wie die Gewerkschaft mitteilte, erhielt sie 95 Prozent der Stimmen. Nach Angaben der Gewerkschaft unterstreiche die breite Zustimmung bei der Nominierung das Vertrauen, das Paul innerhalb des Landesbezirks genieße.

Auch der ehemalige Pflegebeauftragte der Gewerkschaft Verdi, Michael Quetting, hatte sich als Leiter zur Wahl gestellt, konnte aber keine Mehrheit für sich gewinnen.

### MICHAEL BLUG GIBT AMT IM NOVEMBER AB

Paul könnte damit auf den bisherigen Verdi-Landesbezirksleiter Michael Blug folgen, der sein Amt am 21. November abgibt. Dann findet auch die offizielle Wahl in Kirkel statt. Dort werden die Delegierten aus Rheinland-Pfalz und Saarland endgültig entscheiden, wer die Spitzenposition übernehmen wird.

Über dieses Thema haben auch die SR Info-Nachrichten im Radio am 05.06.2025 berichtet.

Zwei Kandidaten für Verdi-Leitung

Zur Wahl der neuen Landesbezirksleitung Rheinland-Pfalz/Saarland der Gewerkschaft Verdi werden nach SR-Informationen voraussichtlich zwei Kandidaten antreten. Die Wahl ist im November.

Der ehemalige Verdi-Pflegebeauftragte Quetting will am Donnerstag seine Bewerbungsrede halten. Auch die derzeitige stellvertretende Leiterin Paul will sich nominieren lassen.

Quetting sagte dem SR, er wolle auch eine Debatte anstoßen, wie moderne Gewerkschaftsarbeit aussehe. Es brauche eine Gewerkschaft mit scharfem Profil ohne zu großer Nähe zur Politik.

Saarländischer  
Rundfunk  
4. und 5.6.25

↓ Junge Welt 6.6.25

## Kampfkandidatur bei Verdi

RLP-Saar: Ex-Pflegebeauftragter kandidiert für Landesbezirksleitung – mit politischen Argumenten

Gegenkandidaturen in Gewerkschaftskreisen sind ungewöhnlich. Im Verdi-Bereich Rheinland-Pfalz-Saarland mit seinen gut 110.000 Mitgliedern ist das nun der Fall. Im November soll die außerordentliche Landesbezirkskonferenz eine Nachfolge für den derzeitigen Landesbezirksleiter Michael Blug wählen. Neben Marion Paul, die bereits stellvertretende Landesbezirksleiterin ist, hat Michael Quetting seine Kandidatur angekündigt. Er war Verdi-Sekretär und zuletzt Pflegebeauftragter in dem Bezirk. Seit 2022 ist er Rentner. Seine Chancen waren von Anfang an schlecht. Der Landesbezirksvorstand nominierte am Donnerstag in Bad Kreuznach erwartbar Marion Paul für die Konferenz im November. Allerdings geht es um mehr als ein Amt. Es geht um die innergewerkschaftliche Debatte zu Sozialabbau, Einschränkung gewerkschaftlicher Rechte, Ausrüstung, Krieg. Und da macht Quetting ein paar wichtige Punkte.

Angesichts von Deindustrialisierung, Inflation und Sozialabbau müssten die Forderungen der Gewerkschaften Rückenwind erhalten, »statt dessen sind

es die Forderungen der »Arbeitgeber« nach Arbeitszeitflexibilisierung, Lohnverzicht und Abweichung von Tarifverträgen«, konstatierte Quetting in seiner Rede, die er vor dem Landesbezirksvorstand hielt und die *JW* vorliegt. »Wir müssen uns auf weitere Repressionen und Einsparungen einstellen. Die Zeiten des rheinischen Kapitalismus sind endgültig vorbei. Ich kann keine Sozialpartnerschaft erkennen. Die Verteilungsspielräume werden enger.« Über all das fordert Quetting einerseits einen offenen und ehrlichen Umgang mit den Kollegen und andererseits, den Widerstand dagegen zu organisieren.

Mit Blick auf das jüngste Tarifergebnis für den öffentlichen Dienst von Bund und Ländern, erschreckte Quetting weniger der Umstand, dass sich fast 50 Prozent der Mitglieder, die sich an der Befragung beteiligt haben, gegen die Tarifeinigung aussprachen. Ihn sorgte mehr, dass nicht mal jedes vierte Mitglied überhaupt abstimmte. Das zeige, »dass es den Betriebsgruppen und erst recht den Gewerkschaftssekretären und Vorständen nicht gelungen ist, unsere Mitglieder zu motivieren, sich an dem demokratischen Prozess zu beteiligen.«

Quetting, der als Gewerkschafter selbst jahrzehntlang daran gearbeitet hat, die Mitglieder und Beschäftigten in die Gewerkschaftsarbeit einzubeziehen, fragt nun generell: Wie sehen die Diskussionen in den Betriebsgruppen aus? Wo gibt es überhaupt noch aktive, funktionierende Betriebsgruppen mit Vertrauensleutestrukturen? »Wo gibt es eine lebendige und klärende Diskussion zu Kernaufgaben in der kollektiven Betriebs- und Tarifarbeit in Betrieben und Gremien mit konkreten und messbaren Zielen?« Aus Sicht des Gewerkschafters müssen die Hauptamtlichen steuern und leiten, ansonsten sollte das Credo sein: »Alle Kraft für die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben und Verwaltungen.«

Nur dann könne erfolgreich Widerstand organisiert werden gegen das, was auf die Lohnabhängigen zukommt: Das »Sparen an der Daseinsvorsorge in all ihren Facetten ist politisch gewollt«, konstatiert Quetting weiter. Das gehe einher mit Aufrüstung. »Wenn wir diesen Zusammenhang nicht erkennen und entsprechend handeln, werden wir keine Kämpfe gewinnen.« Der Gewerkschafter verweist auf das Anfang des Jahres

veröffentlichte Grünbuch der Bundesregierung, in dem es »nicht ohne Grund« etwa heißt, die Bevölkerung müsse darauf vorbereitet werden, »dass sie Einschränkungen bei der Gesundheitsversorgung hinnehmen« muss.

Welche Schwerpunkte die nominierte Marion Paul als Landesbezirksleiterin setzen will, konnte bis *JW*-Redaktionschluss nicht abschließend ermittelt werden. Die Pressestelle des Landesbezirks Rheinland-Pfalz-Saarland teilte aber mit: »Mit Marion Paul schlägt der Vorstand eine erfahrene Gewerkschafterin vor, die sich bereits seit vielen Jahren engagiert für die Interessen der Beschäftigten einsetzt und innerhalb der Organisation hohes Ansehen genießt.« Die breite Zustimmung bei ihrer Nominierung (95 Prozent) unterstreiche das Vertrauen, das sie innerhalb des Landesbezirks genießt.

Beendet ist die Diskussion indes nicht. Quetting kandidiert trotzdem. Im November werden die Delegierten aus Rheinland-Pfalz und dem Saarland auf der Landesbezirkskonferenz in Kirkel endgültig über die Besetzung der Spitzenposition entscheiden.

Susanne Knötter